

Podiumsdiskussion 05.05.2014

Uwe Ostmann:

Schön, dass Sie gekommen sind. Schön, dass Sie sich haben nicht von der langen Wartezeit abschrecken lassen. Schön, dass Sie alle gekommen sind. Schön, dass die Politik von Dresden da ist. Frau Dr. Courtz ist da, Frau Müller ist da. Sie sind alle dageblieben, also sehr schön. Wir freuen uns auf einen interessanten Abend nach einer doch guten Demonstration und ich möchte es ganz kurz machen. Ich möchte Ihnen einfach die beiden Herren vorstellen, die heute durch das Programm führen, darüber freue ich mich. Das ist einmal Sören Haak von der Stadtmission und Christian Stoebe von der Lebenshilfe Dresden. So will ich es gleich mit meiner Vorrede belassen und möchte das Mikrophon abgeben und wünsche allen einen Guten Abend.

Christian Stoebe:

Schönen guten Abend zusammen. Ich bleibe einfach mal sitzen. Dann sind wir alle auf Augenhöhe. Ich möchte mich noch einmal kurz vorstellen. Ich bin seit kurzem bei der Lebenshilfe und freue mich heute Sie durch die Podiumsdiskussion zu führen und jetzt übergebe ich an meinen Kollegen.

Sören Haak:

Sören Haak ist mein Name, von der Stadtmission. Und ich dachte du wolltest noch etwas Organisatorisches erzählen? Ich freue mich natürlich auch hier zu sein.

Christian Stoebe:

Als Moderationsteam haben wir uns gedacht, dass wir nochmal ganz kurz erklären, was es mit den Kärtchen hier auf sich

hat. Vorne liegen nochmal Fragekarten. Auf die kann das Publikum Fragen aufschreiben, die vielleicht während der Diskussion aufkommen oder auch Fragen, die man vielleicht schon mitgebracht hat. Wir haben einfach gedacht, dass wir diese Fragen nicht selbst stellen, sondern, dass wir diese Fragen sammeln. Matthias Pohle und Manuela Scharf sammeln die Fragen ein und die werden dann nochmal zusammengefasst und uns ins Podium gereicht. So können wir am Ende die gesammelten Fragen stellen. Außerdem wollen wir nochmal darauf hinweisen, dass wir eigentlich in einer möglichst verständlich, leichten Sprache heute Abend die Diskussion führen wollen. Wir beide würden immer mal wieder schauen und ergänzen, wenn die Fragen doch nicht so sehr verständlich beantwortet werden. Das ist so ein bisschen die Aufgabe auch unserer Moderation. Wir möchten einfach darauf hinweisen, denn man kommt relativ schnell in eine recht schwer verständliche Sprache. Das waren jetzt erstmal die wichtigsten Sachen. Für die gesamte Podiumsdiskussion sind 60 Minuten Zeit. Deswegen ist es auch wichtig, dass die Fragen möglichst kurz und knapp beantwortet werden. Und wir würden einfach immer mal wieder darauf hinweisen, dass die Zeit relativ knapp ist. Soweit erst einmal zur Organisation, zu den Rahmenbedingungen. Und für die erste Frage würde ich dann, nach der kurzen Vorstellung der Teilnehmer hier im Podium, direkt an Sören Haak weitergeben. Vielleicht von rechts? Die Mikrofone kann man einfach in die Hand nehmen. Die braucht man auch nicht einzuschalten. Bitte benutzen Sie diese, um sich kurz vorzustellen, sagen Sie von welcher Partei Sie sind.

Jens Hoffsommer:

Dann beginne ich, Jens Hoffsommer, Stadtrat Bündnis 90/die Grünen, Mitglied des Sozialausschusses im Jugendhilfeausschuss.

Axel Bergmann:

Mein Name ist Axel Bergmann, ich bin der bau- und

verkehrspolitische Sprecher der SPD.

Norbert Engemaier:

Mein Name ist Norbert Engemaier und ich bin Stadtratskandidat von den Piraten.

Anita Köhler:

Mein Name ist Anita Köhler, ich bin parteilose Stadträtin im Bündnis Freie Bürger, im Sozialausschuss und im Behindertenbeirat.

Barbara Lässig:

Mein Name ist Barbara Lässig, ich bin FDP-Stadträtin. Ich sitze im Jugendhilfeausschuss, im Sportausschuss und im Behindertenbeirat.

Anja Apel:

Mein Name ist Anja Apel, ich bin Stadträtin von DerLinken, vielleicht am Interessantesten, Lehrerin an einer inklusiv arbeitenden Schule. Ansonsten im Behindertenbeirat und im allgemeinen Verwaltungsausschuss.

Christian Stoebe:

Wir haben uns ein bisschen an den Handlungsfeldern des Aktionsplans orientiert. Wir werden da auch noch einmal die Visionen, die es dort im Aktionsplan gab, benennen und dann eine Frage oder mehrere Fragen dazu stellen.

Sören Haak:

Ich würde dann gleich erst einmal damit beginnen, dass es

auf jeden Fall erst einmal gut ist, dass Dresden einen Aktionsplan hat. Es gibt einige Städte und Gemeinden, die das noch nicht haben. Aber es ist ja erstmal nur ein Plan. D.h. es ist natürlich die Frage, wie wird das ganze dann wirklich praktisch und möglichst konkret umgesetzt. Diesbezüglich wollen wir heute ein paar Fragen stellen. Der Aktionsplan wiederum, der orientiert sich an der UN Behindertenrechtskonvention, die auch von Deutschland ratifiziert wurde. D.h. also unterschrieben wurde. Deutschland hat dazu ja gesagt. Sie wollen es. D.h. da gibt es auch keinen Weg daran vorbei. Es geht an die Umsetzung. Ich fange einfach mal an mit der ersten Vision sozusagen, die im Aktionsplan steht, zum Thema dem Handlungsfeld barrierefreie Kommunikation. Hier wurde noch etwas mehr in das Handlungsfeld hineingestellt, also barrierefreie Kommunikation und Information, Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben und Bewusstseinsbildung. Das orientiert sich wieder an diversen Artikeln von der UN Behindertenrechtskonvention. D.h. also Art. 8 ist die Bewusstseinsbildung, Art. 9 ist die Zugänglichkeit, in dem Fall Barrierefreiheit. Ich muss es manchmal noch ein bisschen übersetzen, weil die Behindertenrechtskonvention wurde, das muss man mal so sagen, für Deutschland sehr zweckgebunden übersetzt. Art. 21 ist Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit Zugang zu Informationen.

Jetzt zur Vision:

Alle Menschen können barrierefrei alle Informationen und an der Kommunikation teilhaben. Informationen werden so gestaltet, dass sie von sinnesbehinderten Menschen aufgenommen werden können, eine bürgernahe und leicht verständliche Sprache, sowie der Einsatz von Gebärdensprache und Kommunikationshilfen sorgen dafür, dass Informationen von allen gleichberechtigt genutzt werden können und Kommunikation ohne Barrieren stattfinden kann.

Jetzt komme ich zur ersten Frage bzw. zu den ersten Fragen. Die betreffen ganz direkt den Aktionsplan.

Wie kann die konsequente Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in dem Fortschreibungsprozess sichergestellt

werden? Welche Ziele und welcher zeitliche Umsetzungsrahmen sollen in der Fortschreibung festgelegt werden? Was braucht es alles, damit der Aktionsplan umgesetzt und mit Leben erfüllt werden kann?

Vielleicht fangen wir damit gleich bei Herrn Hoffsommer an. Was können Sie dazu sagen?

Jens Hoffsommer:

Mir fällt zum einen ein, Geld! Also die Frage der Finanzen. D.h. bei der Haushaltsplanung ist so etwas immer mit zu bedenken, ist Barrierefreiheit mit zu bedenken, sind die Förderungen mit zu bedenken. Das ist die eine Sache. Die andere Sache ist aber manchmal, glaube ich, viel wichtiger. Das ist der Kopf. Der Kopf in der Verwaltung, bei den Kolleginnen und Kollegen, den zu gewinnen. Ich mache zwei Beispiele. Wir haben jetzt einen Webauftritt der Landeshauptstadt Dresden neu ausgeschrieben. Das Thema Barrierefreiheit muss dort Thema sein. Wir haben das Elternportal für die Anmeldung von Kitas ausgeschrieben. Erst im Jugendhilfeausschuss wurde das Thema Barrierefreiheit, nach einem monatelangen Diskussionsprozess, benannt. Das sind für mich Beispiele, wo ich merke, es ist bei uns, bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung im Kopf noch nicht angekommen, dass das ein Thema ist.

Und bei der Frage von Beteiligung in Ausschüssen, das war jetzt so der Rahmen, da fällt mir ein, wir haben den Behindertenbeirat. Das ist ein wunderbares Gremium dafür. Der Behindertenbeirat arbeitet gut. Aus meiner Sicht könnte er an mancher Stelle noch etwas frecher und noch mutiger sein, sich einzubringen. Das Rederecht könnte er mehr nutzen. Wir haben eine Beauftragte für Menschen mit Behinderung. Auch das finde ich gut und wichtig. Das sind Instrumente, die genutzt werden und noch mehr genutzt werden können.

Sören Haak:

Vielen Dank. Vielleicht Frau Lässig? Was sagen Sie dazu?

Barbara Lässig:

Ich bin jetzt 20 Jahren Stadtrat. Die UN Behindertenrechtskonvention haben wir seit 2009. Und ich muss ganz klar sagen, das ist nicht nur in der Stadtverwaltung noch nicht in den Köpfen, sondern auch bei Fraktionskollegen. Auch bei mir gibt es Fraktionskollegen, denen man das immer wieder erklären muss, dass es das normalste von der Welt zu sein hat. Es gibt eine UN Konvention. Wo sie alle mit gestimmt haben, das war der Aktionsplan. Das ist überhaupt gar keine Frage. Da muss man natürlich ganz klar sagen, der umfasst über 200 Seiten. Gut, da sind ein paar Bilder mit dabei. Also 200 Seiten, die können nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Das geht nicht. Das geht überhaupt nicht! Aber, es sind alle Felder eigentlich abgedeckt. Und unsere Aufgabe ist es, in Zukunft das alles wirklich mit Leben zu erfüllen. Bei vielen Dingen sind wir auf dem Weg. Da kann ich Herrn Hoffsommer Recht geben. Diese Verwaltung ist eigentlich, wahrscheinlich, noch schlimmer als die Politiker, weil die sie am Ende umsetzen müssen. Wenn wir denen nicht auf die Füße treten, das macht Herr Ostmann im Behindertenbeirat, aus meiner Sicht, sehr gut. Wir haben immer Gäste, wir lassen uns immer erklären wie weit es ist in diesem Sachgebiet oder dort ist. Dort stellen wir auch unsere Forderungen, wir laden Sie wieder ein, weil es einfach ungenügend war. Ich kann nur sagen, dass wir, ich denke das die Leute, die im Behindertenbeirat sitzen, die haben es begriffen. Auch wenn wir nicht direkt betroffen sind, aber wir arbeiten ja auch mit Behinderten im Behindertenbeirat zusammen. Das sind die sachkompetenten Bürgerinnen und Bürger für uns. Diese Hinweise sind für uns sehr wertvoll und die müssen wir umsetzen und da kann ich nur sagen: „steter Tropfen höhlt den Stein.“ Aber dazu komme ich vielleicht später nochmal.

Sören Haak:

O.k. vielen Dank. Ich hätte am liebsten heute gerne auch noch die CDU gefragt, die in Dresden auch ein bisschen was zu sagen hat. Aber die ist leider nicht da. Dann würde ich jetzt mal weitergeben.

Anja Apel:

Ich glaube, dass man es wirklich nur hinbekommt, wenn Menschen mit Behinderung zahlreich in der Verwaltung arbeiten. Ich denke nicht, dass es funktioniert, indem Menschen, die das gar nicht kennen, über die anderen sprechen. Selbst ich, die ganz viel mit Menschen mit Behinderung zusammenarbeitet, denke oft ganz falsch. Weil ich das eben nicht fühle und nicht genau weiß. Und ich bin überzeugt, wenn wir mehr Rollstuhlfahrer, Menschen, die nicht gut sehen können, nicht gut hören können, in der Verwaltungsstruktur hätten, würde sich die Denkstruktur der Leute auch verändern. Haben wir im Behindertenbeirat tatsächlich immer wieder eine Vorlage mit Beamer? Und für die Kollegin, die schlecht sehen kann, gibt es keine Handvorlage. Und das passiert immer und immer und immer wieder! Die können sich das nicht vorstellen. Die denken gar nicht mit. Vielleicht ist das gar nicht unbedingt vorzuwerfen immer. Vielleicht müssen sie es im Alltag viel mehr erleben. Das geht nur, wenn wir, auch in der Verwaltung, zusammenleben. Behinderte und Nichtbehinderte.

(Applaus)

Christian Stoebe:

Vielleicht nochmal ganz kurz zur CDU, du hast es gerade erwähnt, wenn jemand noch Fragen hat, auch an diese Partei, besteht die Möglichkeit, die Fragen schriftlich einzureichen. Das sollen wir heute hier nochmal so sagen. Und wir haben ja Kärtchen vorbereitet, da können Sie gerne noch Notizen dazu machen und wir würden dann schauen, dass wir die Fragen schriftlich einreichen und an Sie wieder

zurücksenden, wenn es ganz konkrete Fragen gibt.

Ansonsten würden wir uns jetzt mal mit dem zweiten Handlungsfeld beschäftigen, wo es um das Thema Barrierefreiheit und Mobilität gehen soll. Auch dort gibt es eine Vision, die dort eben im Aktionsplan steht und die lautet:

Die Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur, der Verkehrsmittel, der Informations- und Kommunikationstechnikweegeleitsysteme, also wie sozusagen der Straßenverkehr geordnet ist, sowie die Bereitstellung von Serviceleistungen erfolgt grundsätzlich mit der Zielstellung Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung eine uneingeschränkte Mobilität zu ermöglichen. Dabei könnte die gesamte Wegekette, also die verschiedenen Wege, die es dort gibt, um zum Ziel zu kommen, einbezogen werden. Das steht hier erstmal so als eine große Vision. Für uns ist eigentlich die Frage, welche konkreten Maßnahmen werden denn geplant, um Kitas, Kultureinrichtungen, Sportstätten, Arbeitsstätten und auch die öffentlichen Verkehrsmittel barrierefrei zu gestalten, dass es auch im Sinne eines umfassenden Barrierefreiheitsbegriff, wo es eben auch um die Einschränkung von Menschen mit Sehbehinderung oder auch Menschen mit geistiger Behinderung, in Richtung leichter Sprache, geht? Ich würde Sie, Herr Bergmann, da Sie als baupolitische Sprecher hier vertreten sind, bitten mit der Beantwortung dieser Frage zu beginnen.

Axel Bergmann:

Vielen Dank, für die kleine Frage. (Lachen) Das ist natürlich ein riesen Feld, dass Sie hier gerade beschrieben haben. Ich möchte mich auf ein paar wenige Punkte beschränken. Und ich hoffe, dass ich nicht zu lange rede.

Also öffentlicher Nahverkehr zum einen:

Da ist natürlich das Stichwort Barrierefreiheit ganz wichtig. Die DVB sind da im bundesweiten Vergleich relativ gut unterwegs. Die Modernisierung der Straßenbahnwagen ist mehr oder weniger durch. Wir haben keine alten Tatra mehr

herumfahren. Dementsprechend ist die Barriere beim Einstieg auch weggefallen. Bei Bussen sind wir noch nicht ganz so weit, aber das kommt. Das Problem sind die Haltestellen. Auch bei den Haltestellen haben wir zwar Fortschritte gemacht, aber insgesamt ist immer noch etwa jede zweite Haltestelle nicht wirklich barrierefrei. Deswegen ist ein ganz wichtiges Projekt, zum einen die Stadtplanvorhaben, auf den Strecken, die wir uns vorgenommen haben, auch richtig umzusetzen, darüber hinaus insbesondere im Busbereich, dort sind die Defizite am größten, gesonderte Programme dort auf den Weg zu bringen. Das haben wir mit einem interfraktionellen Antrag, CDU und SPD in dem Fall, mit unterstützt. Wir haben ein Sonderprogramm aufgelegt, so dass wir bei den Bushaltestellen Stück weit vorankommen. Da ist noch viel zu tun, ich weiß das. Konkretes Beispiel, meinerwegen auch die Bushaltestelle am Krankenhaus St. Josef Stift, auf der anderen Seite ist eine heilpädagogische Kindereinrichtung und trotzdem ist die Haltestelle dazwischen nicht barrierefrei. Das sind konkrete Einzelfälle, wo wir einfach ran müssen.

Zweiter Punkt, den ich nochmal aufgreifen möchte, Schulen. Auch dort ist das Thema Inklusion ein ganz wichtiges Thema. Wir haben versucht die Schulen zu berücksichtigen, was uns aber, glaube ich, nicht hinreichend gelungen ist. Auf der anderen Seite musste man sehen, Dresden investiert so viel wie nie zuvor momentan in Schulen. In den Jahren 2015-17 über 500 Millionen € und wenn wir eine neue Schule bauen, dann ist die natürlich auch barrierefrei.

Letztes Stichwort, weil es natürlich nicht nur um die mobilitätseingeschränkten Personen ging, sondern auch um viele andere Behinderungen. Wir kämpfen derzeit auch mit der Bürgerfraktion, Stichwort für Frau Köhler, sicherlich um den Erhalt des Begleitservice MOSE. Das betrifft auch Personen, die sich eben nicht alleine in der Stadt bewegen können, dass wir in der Stadt Dresden einen Begleitservice haben. Das bietet die DVB an und wir kämpfen momentan darum, im Prinzip alle gemeinsam, dass dieser Dienst auch weiterhin erhalten bleibt.

Christian Stoebe:

Vielleicht können wir dann auch gleich an Frau Köhler weitergeben und die Frage stellen: wie sehen Sie denn eine langfristige Finanzierung dieses Mobilitätsdienstes? Das ist auch eine von unseren Fragen, die wir auf unserer Liste stehen haben.

Anita Köhler:

Schwierig. Es geht wirklich um Geld. Ich denke er ist langfristig nicht, wie bisher, über Maßnahmen des Arbeitsamtes finanzierbar. Weil nicht jeder diese Arbeit machen kann. Es sind also qualifizierte Leute, die jetzt drei Jahre lang Bürgerarbeiter waren und drei Jahre lang hervorragende Arbeit geleistet haben. Ich denke, es muss wohl der städtische Wille sein, städtisches Geld dafür bereit gestellt werden, als auch die DVB, die sich bekannt haben und Gelder dafür einplanen, um diesen Service weiterhin durchführen zu können, zumindest durchführen zu können, für diese Leute, die wirklich aufgrund einer Behinderung einen Begleitdienst brauchen. Das muss auch nicht unbedingt immer der Rollstuhlfahrer sein. Ich bin Sozialarbeiterin und arbeite mit alten Menschen. In meine Begegnungsstätte kommt zum Beispiel eine fast 90 jährige alte Dame, die fast blind ist. Sie würde alleine nicht mehr zu uns kommen können, wenn es diesen Service nicht geben würde. Am Ende würde sie in ihrer Wohnung vereinsamen. Es gibt Leute, die schlecht hören oder auch durch eine geistige Behinderung Hilfe brauchen, um von A nach B zu kommen. Das kann angeboren sein, das kann auch erworben sein. Wir haben auch Demenzkranke, die mit diesem Service gebracht werden, in die Begegnungsstätte. Dadurch erleben sie Normalität und können noch lange Zeit ein normales Leben führen. Ich denke, damit das weitergeht, braucht es wirklich den politischen Willen, dafür Geld auszugeben, Menschen einzustellen, mit einer richtigen Arbeit, die auch dauerhaft bezahlt werden kann. Ich weiß das der Sozialbürgermeister viele Gespräche geführt hat. Und der 30. April war sozusagen der Stichtag, den der Stadtrat ihm gegeben hat, Lösungen mit den Verkehrsbetrieben zu finden.

Leider kenne ich heute die Lösung noch nicht. Am 8. Mai ist Sozialausschuss, dort werden wir es erfahren, also am Donnerstag. Ich bin neugierig, was er berichten wird. Aber es kann auch sein, dass privates Geld eingesetzt werden muss und dieser Service nicht mehr 100 % kostenlos angeboten werden kann und dass, wer dazu in der Lage ist, das selbst bezahlen muss oder anteilig bezahlen muss. Das wird so kommen. Es soll so sein, dass die Leute, die einen Dresden Pass haben, weiterhin kostenlos diesen Service nutzen können. Ich möchte aber gerne noch etwas zu diesem anderen Handlungsfeld sagen, darauf habe ich mich vorbereitet, denn das liegt mir auch sehr am Herzen. Das sind die Arztpraxen. Wenn ich das darf?

Christian Stoebe:

Ja natürlich.

Anita Köhler:

Das passt ja auch dazu. Ich selber habe einen Orthopäden, der hat seine Praxis im ersten Stock. Ich bin zwar nicht behindert. Aber ich habe kaputte Knie und komme kaum die Treppe dort hinauf. Wenn es nach mir ginge, sollte es keine Mediziner mehr geben, die Arztpraxen haben, die Barrieren beinhalten. Es gibt eine Masse Ärzte, die ihre Zulassung in Praxen haben im ersten Stock, ohne Aufzug. Es gibt eine Masse Ärzte, wo man auch, denke ich, nicht so adäquat behandelt werden kann. Das kann also auch eine Behinderung sein, die schon durch Sprachbehinderung gegeben ist. Also zum Beispiel ich spreche nicht so perfekt deutsch. Also dort ist für mich unheimlich viel zu tun, um eine ordentliche Versorgung für Menschen zu erreichen. Ich hoffe, dass da, das könnte ein Kommunales-, aber eigentlich sogar ein Landesförderprogramm sein, was dazu nötig ist, um diese Praxen nachzurüsten. Und wenn es nach mir ginge, würde ich keinem Arzt mehr eine Zulassung geben, in einer Praxis, die nicht barrierefrei ist. Also der Zustand, der jetzt da ist, der ist wie er ist. Da kann man sicher nur

nachrüsten. Aber neue Arztpraxen müssten per se barrierefrei sein. Das ist mir durch diese Fragestellung aufgefallen. Danke.

Christian Stoebe:

Gut. Ich würde dann erstmal weitergehen zum nächsten Handlungsfeld, damit wir es auch von der Zeit her schaffen.

Sören Haak:

Dann kommen wir jetzt zum Handlungsfeld Wohnen. Da würde ich auch nochmal die Vision vortragen: behinderte und nichtbehinderte Menschen wohnen und leben gemeinsam selbstbestimmt und barrierefrei in Dresden, unabhängig von ihrem Hilfebedarf. Es besteht ein vielfältiges Angebot an verschiedenen, wählbaren Wohnformen. Alle Menschen haben Zugang zur gemeindenahen Diensten, zur Unterstützung des Lebens in der Gemeinschaft, sowie zur Verhinderung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft. Also bereits 2010 hat das Leibniz Institut in seinem Abschlussbericht „Alten- und behindertengerechtes Wohnen in Dresden“ einen Mangel an rollstuhlgerechten Wohnungen, generell an bezahlbarem Wohnraum, auch für Empfänger von Sozialleistungen, festgestellt. Wie würde auf den Mangel zeitnah und nachhaltig eingegangen werden? Welche Maßnahmen können aus Ihrer Sicht ergriffen werden, um Bauherren und Investoren zu sensibilisieren, um weit gehend barrierefrei zu bauen? Wer möchte etwas dazu sagen?

Axel Bergmann:

Ich würde gleich einmal, um auch einen Überblick zur letzten Frage zu haben. Im Moment wird in Dresden viel Wohnraum geschaffen. Es ist gerade wichtig jetzt in die einzelnen Quartiere zu gehen und überhaupt erstmal diese erste Meile auch barrierefrei zu gestalten. Niemand nutzt eine barrierefreie Wohnung, wenn der Fußweg davor in einem

schlechten Zustand ist. Oder der Kreuzungsbereich Hürden aufweist, die dann nicht zu überwinden sind. Das gab es zum Beispiel im Dresdner Süden. Da wurden barrierefreie Wohnungen gebaut, wo der Anschluss an die Wohnung eindeutig gewährt nicht ist. Das ist sozusagen eindeutig die Aufgabe der Stadt vor allem. Dann gilt es natürlich auch, manchmal wird es auch verknüpft, behindertengerechte Wohnungen und fertig! Aber es geht auch darum das familiengerechte Wohnungen rollstuhlgerecht sind und auch für andere Behinderungen geeignet sind, weil gerade dieser letzte Punkt richtig rein spielt. Wenn wir nur behindertengerechte Wohnungen in Kleinstgrößen bauen, vielleicht auch um die Kosten niedrig zu halten, dann haben wir die Isolation sozusagen gleich mit gebaut. Und deswegen sehe ich da sozusagen erst einmal das Haupthandlungsfeld. Vielleicht auch nochmal zurück zu kommen auf den Punkt der Schulen. Natürlich kostet das viel Geld. Aber man muss auch sehen, wir haben jetzt ein großes Sanierungsprogramm. Viele Schulen sind sanierungsbedürftig. Wenn wir sozusagen jetzt nicht die Barrieren absenken und wenigstens Fahrstühle einbauen oder irgendetwas, dann wird dort 20 oder 25 Jahre wahrscheinlich nichts oder nur wenig passieren. D.h. wenn wir es jetzt nicht machen, dann passiert dort lange nichts. Deshalb müssen wir jetzt dort aktiv werden, in den nächsten Jahren.

Jens Hoffsommer:

Es existiert ja in Dresden für Anpassung von Wohnungen ein Programm. Mit sehr geringem Aufwand wird da ordentlicher Nutzen erzeugt. Da werden Wohnungen umgebaut. Das ist ein Instrument um letztendlich Förderung des privaten Wohnungsmarktes zu machen. Die Komplexität ist Ziel, wie die Vision beschrieben ist, wie die Studie des Leibniz Institutes auch das Problem beschreibt, ist aus Sicht der Grünen Partei mit solchen Maßnahmen nichts getan. Denn das Thema Wohnen ist ein Thema, das über alle Grenzen hinweg ein Thema ist. Also kostengünstig zu wohnen. Also wenn wir Geld in die Hand nehmen und sanieren, wenn das privat gemacht wird, wird er die Miete nicht mehr anheben -

logisch. Wenn er auch Förderung bekommt, ist es die Auflage der Stadtverwaltung eben nicht zu sagen, halte bitte deine Miete niedrig. Der wird trotzdem, auch wenn eine Wohnung barrierefrei ist, mehr verlangen. Dann kommen wir irgendwann an den Punkt, dass man es sich möglicherweise nicht mehr leisten kann. So, dass wir als Grüne sagen, dass wir auf kurz oder lang nicht umhin kommen, dass wir kommunal mit der STESAD wieder Wohnungen schaffen, Wohnraum schaffen, auch in diesem Bereich. Wir haben jetzt einen Antrag durchbekommen, der genau das beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen und Wege da am Sinnvollsten sind. Ich glaube wir werden diese Lösung gehen müssen. Denn genau wie bei diesen Segmenten, die sehr speziell sind, da muss ein Vermieter Geld in die Hand nehmen. Und warum soll ich das, wenn ich es rein wirtschaftlich betrachte, tun? Wenn ich billiger bauen kann, wenn ich kostengünstiger bauen kann und die Buden trotzdem in dieser Stadt vermietet bekomme? Also heißt es, da ist kommunale Verantwortung gefragt. Da ist auch bundespolitische Verantwortung gefragt. Da ist auch das Land gefragt. Aber wir als Stadt sind da genauso in der Verantwortung, noch mehr als wir uns durch den Verkauf der WOBA entschuldet haben. Diese Verantwortung, da können wir nicht sagen, die haben wir nicht mehr. Da sehe ich schon eine Pflicht über das Anpassungsprogramm hinaus.

(Applaus)

Katja Kirsch:

Darf ich da mal kurz einhaken, bitte? Sie sagten ja, Sie würden das gerne extra schaffen. Dann haben Sie wieder das Separate. Sie separieren die Leute dann wieder, indem Sie sagen, dann schaffen wir da Wohnraum. Besser wäre es doch denjenigen, die den Wohnraum jetzt schaffen, zu sagen, o.k., und ihr müsst so und so viel Prozent der Wohnungen barrierefrei gestalten. Das muss einfach eine Pflicht sein. Es müssen einfach so und so viel barrierefreie Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Jens Hoffsommer:

Das wäre eine bundespolitische Regelung, die kann ich auf kommunaler Ebene nicht machen. Ich kann nicht privaten Vermietern vorschreiben was sie tun. Ich kann aber in dem Haus, das ein STESAD Haus ist, kommunal betrieben wird, festlegen, was passiert. Für meine eigenen kann ich das klären. Also wenn ich als Stadt Wohnraumeigentümer wäre, für die 25 Wohnungen, die die Stadt noch bei der STESAD hat, könnte ich das festlegen und sagen die und die Wohnungen bitte barrierefrei. Aber da wir keinen Wohnraum mehr haben, für dieses Instrument.

Axel Bergmann:

Ich würde da gerne eine Ergänzung machen.

Zum einen nochmal ganz kurz, das Wohnungsanpassungsmaßnahmenprogramm, was die Stadt hat, hat ein Volumen von 130.000 €. Es sollte im letzten Haushalt sogar gestrichen werden. Obwohl alle wissen, dass der Bedarf steigend ist. Wir haben das zumindest erhalten und unser Ziel ist es, dass wir dieses Fördervolumen zumindest verdoppeln. Das war ein aktueller Antrag. Das zeigen auch die aktuellen Zahlen. Wir haben jetzt schon die 130.000 € für dieses Jahr vergeben. Also der Bedarf steigt und das Ziel dahinter ist natürlich, dass die Leute so lang wie möglich, und das ist der große Wunsch vieler, in ihren Wohnungen bleiben.

Punkt zwei, da gebe ich Herrn Hoffsommer völlig recht, wir brauchen natürlich darüber hinaus barrierefreie und behindertengerechte Wohnungen. Die kann man mit kleineren Anpassungsmaßnahmen nicht schaffen. Aber kann man durchaus auch beim Neubau versuchen im Gespräch mit dem privaten Investoren, die wollen ja meistens auch etwas von der Stadt, eine Baugenehmigung oder wie auch immer, das über Quersubventionierungen zu erreichen. In anderen Städten wie Hamburg oder München erreichen wir dort einiges. Das muss man natürlich wollen und dementsprechend brauchen wir dort auch einen politischen Beschluss im Stadtrat. Ich denke da

kommen wir ein Stück weit voran.

Dritte Möglichkeit, allerdings hat Dresden da nicht mehr allzu viel kommunale Flächen dafür zu nutzen. Also wenn wir kommunale Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen, dann könnte man das natürlich mit entsprechenden Auflagen festlegen, dass ein entsprechender Anteil an behindertengerechten Wohnungen mit gemacht wird. Das fordern wir. Das wird im nächsten Stadtrat zur Entscheidung stehen. Schauen wir mal wie das ausgeht.

(Applaus)

Sören Haak:

Frau Apel wollte auch noch etwas sagen.

Anja Apel:

Wir glauben, dass es auch grundsätzlich falsch wäre, irgendwo zu sagen also dort schaffen wir jetzt fünf behindertengerechte Wohnungen und bitte liebe Behinderte, geht dorthin und wohnt bitte dort. Weil Inklusion würde bedeuten, jeder hat das Recht, dort sich eine Wohnung zu suchen, wo er leben möchte. Wo das soziale Umfeld ist, wo seine Freunde sind, wo seine Kinder günstig in die Schule gehen oder seine Verwandtschaft wohnt. Wo er Hilfe bekommt, die notwendig ist. Und das kann man vielleicht mit, ich würde gar nicht unbedingt immer behindertengerecht wohnen, sondern flexibel wohnen sagen. Weil es leben ja nicht immer nur eine Rollstuhlfahrerin oder ein Rollstuhlfahrer in dieser Wohnung, sondern es leben ja Familien in der Wohnung. Da gibt es große Menschen, kleine Menschen. Man muss Wohnungen so errichten, dass sie flexibel veränderbar sind und auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner angepasst werden können, je nachdem, wie der Bedarf eben ist. Und das erfordert natürlich ein kluges Herangehen an das Bauen von Wohnungen und sicherlich kann man die Vorgaben nur machen, wenn wir kommunales Eigentum haben. Aber Anreize zu bieten, dass das getan wird, wie wir es zum

Beispiel in Hellerau jetzt gesehen haben, wo diese ganz alten Gebäude, diese mächtigen Gebäude neben dem Festspielhaus Hellerau umgerüstet worden, also zu Wohnungen umgebaut wurden und tatsächlich sehr verschiedenartig und flexible Wohnungen entstanden sind und auch Rollstuhlfahrer, zwei, dort mit ihren Familien Einzug gehalten haben. Die konnten sich ihre Wohnungen aussuchen und mussten nicht irgendwo hingehen, wo es dann sein musste, weil sie gerade dort eine Wohnung bekommen.

(Applaus)

Christian Stoebe:

Ein wichtiger und weiterer Punkt, den ich nochmal rückfragen möchte, ist die Bezahlbarkeit des Wohnraums. Es geht ja jetzt auch immer viel um Neubau oder auch um Umbau. Und die Frage ist natürlich, was passiert dort mit den Mieten, die meistens doch auch über den Kosten der Unterkunft, die durch die Stadt gewährt werden, liegen. Viele Menschen mit Behinderung sind auf Transferleistungen angewiesen. Die Frage ist, wie möchten Sie zum Beispiel die Richtlinie der Kosten der Unterkunft entsprechend anpassen, um eben auch barrierefreien Wohnraum bezahlbar zu machen?

Barbara Lässig:

Wir als FDP Fraktion sind auch für die Förderung Wohnungsanpassungsmaßnahmen. Das ist überhaupt gar keine Frage. Wir sind aber nicht in der Lage jetzt Geld in die Hand zu nehmen, neue Wohnungen zu kaufen und eine neue WOBA zu gründen. Wie auch immer. Ich habe vorhin im Raum gehört, das war der größte Fehler, die WOBA zu verkaufen. Das wird viel zu wenig thematisiert. Der WOBA-Verkauf, mag man dazu stehen wie man will, hat uns ermöglicht, in der Landeshauptstadt Dresden, im Jahr über 70 Millionen € jährlich zur Verfügung zu haben. Das war nur Zins und Tilgung, was wir durch die Schulden, die vor dem WOBA-Verkauf jedes Jahr einfach nur an die Bank gezahlt werden mussten. Seitdem die WOBA verkauft ist, werden die

Zinsen und Tilgung, 70 Millionen im Jahr, für alles mögliche mit gebraucht, unter anderem auch dafür, dass Wohnungen behindertengerecht ausgebaut werden. Wir selbst sind auch dagegen Standardwohnungen festzulegen. Denn auch ich denke es gibt behindertengerechte und seniorengerechte Wohnungen. Ich denke aber auch jeder Mensch mit Behinderung weiß selbst, er hat ganz andere Ansprüche als diese Rollstuhlfahrer oder der Rollstuhlfahrer oder die Behinderung. Das sollte wirklich immer konkret sein. Nachnutzung sollte natürlich auch anpassungsfähig sein, aber was wir nicht wollen, wir wollen keine Standardwohnungen, so wie Frau Apel sagt, wo dann alle Behinderten leben müssen. Aber ich kann auch nur appellieren, um das bezahlbar zu machen, dann sehen wir auch Freiflächen in der Stadt. Wir sind dabei, damit es auch bezahlbar bleibt, dass es also preisgünstig an Investoren verkauft wird, die Wohnungen bauen mit entsprechenden Auflagen. Und das ist in Dresden ganz besonders wichtig, es muss ein bisschen schneller gehen. Also nicht immer dieses ewig lange und dieses hin und her. Man muss den Investoren, die hier bauen wollen, den muss man es auch so leicht wie möglich machen, dass sie hintereinander weg machen können und, dass sich das nicht über Jahre hinzieht. Ich denke das ist für uns eine Reserve, die wir haben, die dringend genutzt werden muss.

(Applaus)

Anita Köhler:

Ich würde gerne auch noch etwas dazu sagen. Generell beim Neubau, ich glaube ab sechs Wohnungen, müsste theoretisch eine barrierefreie Wohnung dabei sein, beim Geschossbau. Viele umgehen das, kaufen sich frei. Das ist, ich darf Frau Apel zitieren, Sache des Kopfes, auch des Kopfes in der Verwaltung. Das bekommt ja der Stadtrat gar nicht unbedingt mit, was an Genehmigungsverfahren in der Verwaltung passiert. Dass also in der Verwaltung solche Dinge besser beachtet werden. Was die Frage von bezahlbaren Wohnungen betrifft, ich gehe mal von einer Rollstuhlfahrerwohnung aus, die größere Flächen braucht, weil der Rollstuhl Radien

hat, er braucht breitere Türen, andere Abmessungen, das Bad muss größer sein, der Korridor muss größer sein. Die sind per se teurer, weil einfach der Flächenbedarf größer ist. In den Kosten der Unterkunft, die Sozialamtsleiterin ist heute da, sie wird mir Recht geben, gibt es natürlich auch einen Passus, dass der besondere Bedarf, für besondere Gruppen sozusagen gewährleistet wird, dass also beachtet wird, dass man Kosten für Unterkunft für einen Rollstuhlfahrer nicht genauso bemessen kann, wie für jeden anderen. Der braucht einfach mehr Raum, mehr Platz. Und man weiß die Wohnungen sind teurer. Ich weiß aus meiner Praxis, dass viele Rollstuhlfahrer sich mit ihren Wohnungen arrangiert haben. Die sind nicht wirklich rollstuhlgerecht. Die sind allenfalls geeignet, durch Einbauten, die auch die Krankenkassen zahlen. Auch das wissen Sie sicher besser als wir, dass man auch Mittel der Krankenkasse zum Wohnungsumbau nutzen kann, dass man Mittel der Stadt, also die städtischen Fördermittel dazu nehmen kann, um sich die Wohnung zurecht zu rücken. Das ist nötig, weil wir verknappten Wohnraum haben. Das ist eine völlig verfehlte Politik, wo ich heute noch sage, wie konnte man Wohnungen abreißen, als man schon gesehen hat, die Stadt wächst und man macht so weiter. Das ist so als wenn das Schiff untergeht aber wir spielen die Musik bis es wirklich unten ist. Wir haben zu wenige Wohnungen. Der Leerstand ist minimal. Und ich kann mir vorstellen, dass jemand, der eine Behinderung hat ganz schwierig Wohnraum bekommt. Dass es sehr schwer ist den privaten Vermieter zu überzeugen, ich möchte hier einziehen. Und dass jeder der eine halbwegs geeignete Wohnung hat, versucht mit allen Mitteln zu erhalten und sich so zurecht zu biegen, dass man darin wohnen kann. Es ist leider so. Dort muss politisch sozusagen der künftige Stadtrat Einfluss nehmen, indem er Einfluss nimmt auf das Bauamt, dass andere Wohnungen gebaut werden. Das haben meine Vorredner ja schon gesagt, dass Grund und Boden anders zur Verfügung gestellt wird, dass es Auflagen gibt bei Großprojekten. Aber auch, dass die Kosten der Unterkunft, die werden generell steigen müssen, die steigen in Dresden mit Sicherheit, weil einfach viel zu wenige Wohnungen da sind. Die Gagfa hat jetzt gesagt, sie wollen sehr viel Geld investieren in Dresden. Im Nebensatz

stand in meiner Zeitung, es macht niemandem etwas aus, wenn der Quadratmeter dann zwei Euro mehr kostet. Es hat sich noch keiner beschwert. Wenn man dann mal 60 oder 50 m² nimmt, da kommt ein ganz schönes Sümmchen zusammen. Das ist völlig verfehlt. Es gab andere Mehrheiten. Es wird eine Wahl geben und vielleicht... man kann es nicht zurückholen. Die Häuser sind weg. Die Wohnungen sind weg und man muss jetzt in Zukunft aufpassen.

Christian Stoebe:

O.k., jetzt haben wir schon viel gehört zu diesem Handlungsfeld. Ich würde jetzt mal überleiten zum Handlungsfeld Bildung. Dort soll ja auch einiges geschehen. Gerade wenn man sich auch die UN Behindertenrechtskonvention anschaut oder die Vision für die Landeshauptstadt Dresden ist diese, dass Bildung von Anfang an und gemeinsam stattfindet, das inklusives, lebenslanges Lernen eine Selbstverständlichkeit ist. Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung haben uneingeschränkten Zugang zum allgemeinen Bildungssystem. Die Frage, die wir uns stellen, ist natürlich die: wie kann so etwas realisiert werden? Und benötigt es nicht auch eine entsprechende Assistenz, Schulassistenz, um so etwas möglich zu machen? An den Schulen, an denen es teilweise schon gemacht wird, ist die Frage, kann eine Schulassistenz durch einen externen Anbieter, wie die Lebenshilfe, Diakonie oder andere Anbieter gewährleistet werden oder ist es nicht so, wie im Aktionsplan jetzt auch vorgesehen, dass es eigentlich alles auch aus einer Hand an der Schule vor Ort angegliedert sein sollte und, dass es dort multiprofessionellen Teams mit unterschiedlichen Ausbildungen geben sollte, die für die Klassen zuständig sind? Wie stellen Sie sich eine konkrete Umsetzung solch einer Schulassistenz umfangreich für alle Schüler vor, die so etwas benötigen?

Anja Apel:

Das ist klar, da muss ich jetzt einfach zuerst antworten, weil wir das ja machen. Wir glauben, dass die persönliche Assistenz nur in Einzelfällen ein guter Weg ist. Unsere Beobachtungen haben gezeigt, dass, wenn ein Kind sich in sehr jungem Schulalter an diese Assistenz angekoppelt, ist es nicht gemeinsam mit den anderen Kindern. Deswegen sehen wir eher diese Variante Teams zu bilden, in dem jeder Verantwortung übernehmen kann, in dem es natürlich auch besondere, ausgebildete Personen gibt, eine Orthopädin, wenn notwendig, die aber gleichzeitig auch für andere Dinge zuständig sein muss. Das was die Stadt bis jetzt macht, dass sie die Stunden aufteilt. Also da gibt es vom Sozialamt ein paar Stündchen für den Hortbereich. Da gibt es von dem Amt ein Stückchen dafür und von dem Amt dafür. Für alle drei Sachen benötigt man unterschiedliche Abschlüsse. Wer soll dann für 6 Stunden mal bei diesem Kind sein, immer mal 2 Stunden am Tag? Das funktioniert nicht. Und deshalb sind wir überzeugt, dass es anders laufen muss und wir haben auch Erfahrung gemacht, an der Freien Alternativschule, dass es gut anders laufen kann. Für dieses Kind ist sozusagen nicht nur die Assistenz zuständig. Die Lebenshilfe hat uns jemanden zur Verfügung gestellt, sondern die junge Frau von der Lebenshilfe unterrichtet auch mal ein paar andere Kinder, während dessen dann eine ganz andere Person für dieses Kind zuständig ist. Also indem man eigentlich wechselt und nicht die Konzentrierung auf eine Person macht. Das scheint aus pädagogischer Sicht nicht sinnvoll zu sein. Dass viele Unterstützung brauchen, das ist klar. Und dass man da auch Unterstützung bekommt von der Stadt, ist auch richtig. Also die Stadt hat ein, jedenfalls kenne ich nicht viele Fälle, oder ich kenne gar keinen Fall, wo die Stadt gesagt hat, wir geben keine Hilfestellung, keine Stunden zur Verfügung. Da war in der Zusammenarbeit mit den verschiedensten Schulen wirklich immer sehr gut. Da muss ich die Stadt verteidigen. Aber es wird keine Schulintegration genehmigt von der übergeordneten Behörde. Dort steckt schon das große Problem. Die sächsische Bildungsagentur sagt, nein eine normale Regelbeschulung ist für dieses Kind nicht möglich, weil wir finden es ist an einer Förderstufe besser

aufgehoben. Das sagen sie zum Beispiel zu nahezu allen, die im Bereich Lernbehinderung und geistige Behinderung diagnostiziert werden. Für sie ist kein Platz an den Regelschulen. Das finde ich wirklich einen Skandal. Und das regt mich unglaublich auf und deshalb möchte ich in den Stadtrat.

(Applaus)

Christian Stoebe:

Ich möchte vor allem Frau Lässig, da sie ja auch im Jugendhilfeausschuss sitzen, zu dieser Frage um eine Antwort bitten. Ich möchte die Frage vielleicht noch dahingehend erweitern, zu überlegen, wie kann es auch für die Schüler und Schülerinnen, die integrativ beschult werden, gelingen, dass diese auch nachmittags ein entsprechendes Angebot bekommen. Denn das ist oft auch die Schwierigkeit, dass vormittags die Betreuung des Schülers gesichert ist und die Förderschulen als Ganztagschulen ausgelegt sind. Wie kann dann eben auch dort für die integrativ beschulten Schüler ein Angebot geschaffen werden?

Barbara Lässig:

Als aller erstes möchte ich vorausschicken, das soll jetzt keine Entschuldigung sein, aber wir sind ehrenamtliche Politiker. Wir gehen alle einer geregelten Arbeit nach und nachmittags gehen wir dann in den Ausschuss und in den Stadtrat usw. So eine Frau, wie die Frau Apel, die sozusagen aus ihrer Erfahrung, die sie aus ihrer Schule mitbringt, davon profitierte ich unheimlich im Behindertenbeirat. Obwohl wir völlig unterschiedliche Fraktionen sind, höre ich ihren Ausführungen immer sehr gerne zu, weil sie einfach das Wissen hat und macht letztenendes der Verwaltung auch Dampf unterm Kessel und sagt „nein, so nicht!“ usw. Und dann bilde ich mir oft auch im Ausschuss meine Meinung und sage mir, das kann doch gar nicht sein, weil ich wirklich nicht der Experte auf diesem Gebiet bin. Das können wir auch gar nicht. Wir können gar

nicht für alles Experten sein. Das wird Sie jetzt sicher nicht richtig befriedigen, wenn ich jetzt sage, ich habe auch meine Erfahrungen gemacht. Ich war Präsidentin von einem Verein, wo ich eine Sledge Hockey Mannschaft hatte, die im Schlitten Eishockey gespielt haben. Da habe ich sehr sehr viel gelernt. Aber mit den geistig Behinderten oder anderen habe ich noch nicht meine Erfahrungen. Aber ich kann nur sagen, und das ist ja das Komische, wir sitzen hier, letztendlich ist es eine Wahlkampfveranstaltung, Sie sollen sich entscheiden, wem Sie am 25. Mai Ihre Stimme geben. Aber ich muss sagen, im Behindertenbeirat geht es gar nicht immer richtig zur Sache, wo wir uns fetzen, wie im Bauausschuss, über eine bestimmte Straße X oder Y, über eine Brücke oder was weiß ich, sondern wir sind im Behindertenbeirat schon ziemlich moderat beieinander, weil wir wirklich auch einfach begreifen, also auch überfraktionell begreifen, dass sie etwas wollen und müssen. Und am Ende nehme ich dort, auch von der Frau Köhler, die durch ihre Arbeit in der Altenpflege sehr viel mitbringt, viel mit. Diese Erfahrungen habe ich nicht. Im Prinzip bin ich dann sehr offen. Ich, die meine Fraktion vertritt, und kann dort auch mal eine Meinung, die vorgefestigt war, kann ich mal sofort ändern, weil ich das selbst noch lernen muss. Und am Ende, durch diese UN Behindertenrechtskonvention, das ist ja alles noch Neuland. Wenn man da aktiv nicht als Praktiker jeden Tag damit zu tun hat, kannst du einfach nur lernen. Deswegen habe ich auch nicht die Pläne im Kopf und da lasse ich mich gerne belehren in meiner Arbeit und packe an der Stelle, wo es gebraucht wird, auch mit zu.

Christian Stoebe:

Gibt es noch andere in der Runde, die vielleicht noch konkretere Maßnahmen oder Ziele haben, die Sie ergreifen möchten?

Jens Hoffsommer:

Beim Thema Bildung juckt es mich. Ich glaube nur kurz das die Landespolitik bei der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention eine Katastrophe ist. Dass dieser Maßnahmeplan eigentlich hier diskutiert werden müsste, der in Modellprojekten geendet ist. Gerade wenn es um Bildung geht und man von einem möglichen systemischen Ansatz, was heißt es eigentlich für ein Bildungssystem, weit entfernt ist. Darüber sind sich, glaube ich, viele hier im Raum einig. Aber was kann Kommune tun? Und wenn wir über Schule reden, da gibt es diesen Aspekt, und ich bin da ganz bei Anja Apel, die Vielfalt, wenn wir die Unterschiedlichkeit von Menschen ernst nehmen, dann müssen natürlich auch die Unterstützungsangebote vielfältig sein. Und da stehen uns in der Regel diverse Förderinstrumente, unterschiedlicher Partner, die Geld geben im Weg, dann ist da noch der kommunale Sozialverband, der Geld gibt. Da toben sich ganz viele Institutionen aus und ich möchte an der Stelle nicht in der Haut einer Kollegin im Sozialamt sitzen, die versucht das ganze zu bündeln. Ich glaube das ist extrem herausfordernd. Allein dieses gesetzliche Wirrwarr zu entwirren, wäre eine Herausforderung.

(Applaus)

Der andere Punkt ist, das können wir als Kommune tun, da sprechen wir ganz schnell bei den Sanierungen davon, dass wir die Schulen irgendwie barrierefrei sanieren. Dann denken wir aber auch in der Regel nur daran irgendwie, ich sage mal die räumlichen Barrieren wegzuschaffen. Da sprechen wir nicht davon, das es ja irgendwie auch Menschen mit Hörbehinderungen gibt. Was heißt es da? Ich habe jetzt mal das Beispiel erlebt, in einer Schule, die war so wunderbar neu saniert. Das sah toll aus. Aber für Menschen mit Hörgeräten war es eine akustische Katastrophe. Da haben sich die Sprachen überschlagen. Die konnten einfach nicht zuhören. Man hat es nicht bedacht bei der Sanierung, dass es auch Schülerinnen und Schüler mit diesen Beeinträchtigungen gibt. Anderes Beispiel, ich durfte jetzt in Jena beruflich unterwegs sein und mich dort mit dem Schulbürgermeister unterhalten. Wir sprechen von einer

Stadt in Thüringen, meines Erachtens auch lange Jahre schwarz regiert. Der Bürgermeister sagt, wir haben zwar hoch auf der Bundesebene, auf der Landesebene noch keine richtige Inklusion, in der Schulpolitik, aber ich baue jetzt mal. Ich habe ein Problem an einem Gymnasium und bei einer Förderstufe, ich baue die einfach mal nebeneinander. Mal gucken, vielleicht können wir da etwas anfangen. Diesen mutigen Schritt finde ich klasse. Er sagt eben nicht, wir bleiben in unserer klassischen Denke, sondern er baut sie Tür an Tür. Später kann man mal die Türen aufmachen, vielleicht auch den Speiseraum schon gemeinsam nutzen. Auch wenn die Politik auf Landesebene noch nicht so weit ist, fangen die Leute dort jetzt schon an gemeinsam zu planen, um sich dann in fünf Jahren nicht zu wundern, wenn nämlich die Landesregierungen feststellen, wir müssen da mal irgendwie irgendwas machen, dann haben wir hier nämlich die ganzen Schulen saniert. Und dann stellt man fest, die sind jetzt wirklich nicht passend für das was wir wollen, nämlich Förderschulen zumindest zum Teil zu integrieren oder was auch immer passieren wird. Also da mutiger zu sein, auch bei den Bauplänen und zu sagen: „Warum denn nicht, schmeißen wir es doch zusammen?“ fände ich einen wunderbaren Ansatz. Das ist ein erster Schritt. Das ist noch nicht das erreichte Ziel und das Erreichen einer Vision. Aber ich glaube wir müssen hier erstmal über kleine Schritte diktieren.

Axel Bergmann:

Ich würde gerne mal noch eine Ergänzung machen, weil das wirklich eine der größten Herausforderungen ist, die wir momentan in Dresden haben. Auch angesichts der demographischen Entwicklung. Im Kitabereich, haben wir im Prinzip quantitativ, das ist ja auch Bildung, ganz wichtig sogar, genügend Angebote. Nicht in jedem Stadtteil wohnortnahe genug. Da gibt es ab und zu noch Nachholbedarf, aber vom Schnitt her genügend Angebote. Dort ist allerdings das Problem, dass wir von der Betreuung her, im bundesweiten Vergleich einen Betreuungsschlüssel haben, der eher am unteren Ende liegt. Und dann ist natürlich die

individuelle Förderung, insbesondere dann, wenn es um Kinder geht mit Einschränkungen, mit Behinderungen, natürlich sehr schwierig, je schlechter der Personalschlüssel ist. Immerhin für den Kitabereich sind die Integrationsquoten noch relativ groß, 80 %. Dann gibt es einen richtigen Bruch in der Grundschule. Dort bricht die Integrationsquote ein. Dort haben wir nicht mehr die Voraussetzungen, wie im Kitabereich und dann haben wir diese besonderen Schulen. D.h. hier müssen auch die baulichen Voraussetzungen noch viel stärker geschaffen werden. Deswegen haben wir auch den Schulnetzplan, so wie er 2011 oder 2012 war und beschlossen wurde, nicht mitgetragen, eine unserer Forderungen war, dass wir zumindest in jedem Ortsamtsgebiet wenigstens eine Integrationsschule haben, damit in relativer Wohnortnähe, richtig wohnortnah ist das ja schon gar nicht mehr, eine solche Schule zur Verfügung steht. Das schafft Dresden zurzeit noch nicht. Und dann kommt zur demographischen Entwicklung hinzu, ich habe es ja schon gesagt, wir müssen über 500 Millionen € investieren, um überhaupt rein quantitativ im Schulbereich genügend Plätze zur Verfügung zu stellen.

Kurz um, was will ich mit den beiden Punkten sagen? Man muss sowohl die bauliche Hülle, als auch die Betreuung sehen. Das ist zum Teil kommunale Angelegenheit, aber auch Landesebene, die muss sozusagen den Schlüssel ändern. Dresden alleine muss die Prioritäten setzen. Man muss ganz offen sagen ohne echte Landesunterstützung oder Bundesunterstützung, je nach Programm, wird es auch Dresden nicht schaffen.

Christian Stoebe:

O.k., vielen Dank.

Sören Haak:

Ich wollte zum Abschluss sagen, ich möchte auch Mut machen an die Kommune, da wirklich auch dran zu bleiben und nicht

zu sagen dafür ist das Land zuständig. Ich denke die Kommune kann viel machen. Gerade auch Frau Apel hat Beispiele gebracht. An ihrer Schule ist ja schon viel erreicht. Das kann auch Vorbild sein für viele andere Schulen, vor allem auch für städtische Schulen, kommunale Schulen, um das auch mal zu sagen.

Es geht hier aber nicht nur um die paar Jahre, die man in der Schule ist. Es geht auch darum, was kommt danach. Das ist ja immer der Punkt, der auch nicht ganz unwichtig ist. Deshalb kommt jetzt die nächste Vision. Es geht um das Handlungsfeld arbeiten und Beschäftigung. Bei diesem Satz bitte ich wirklich um Aufmerksamkeit, der ist Zucker.

Menschen mit Behinderung können durch Beschäftigung ein Einkommen erzielen, dass ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. >Das wünschen wir uns alle.< Sie haben auf einem barrierefreien zugänglichen Arbeitsmarkt, nach ihren Möglichkeiten, die gleichen Chancen und Risiken im beruflichen Leben, wie nicht behinderte Menschen. In der Landeshauptstadt Dresden arbeiten behinderte Menschen gemeinsam mit nicht behinderten Menschen in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes. Die berufliche Ausbildung und der Übergang von der Schule in das Berufsleben sind an den persönlichen Stärken und Zielen ausgerichtet. Die Ausbildung findet in den Betrieben statt. Menschen mit Behinderungen in Unternehmen werden von kompetenten Stellen beraten und unterstützt.

Soweit die Theorie. Frau Lässig? So als Unternehmerin, was sagen Sie den Menschen, wenn es darum geht, Menschen mit Behinderung möchten arbeiten, auf Deutsch gesagt.

Barbara Lässig:

Na normalerweise ist es das normalste der Welt, aber sie haben ja selber schon beim Vortragen, dessen was da steht, gelächelt, weil es eben noch nicht so ist. Weil es noch lange nicht so ist. Und in den Ausschreibungstexten, gerade wenn die Stadt ausschreibt, Frauen und Behinderte werden bevorzugt, da kann ich mich tot lachen. Weil das überhaupt,

überhaupt nicht beachtet wird. Da fragt man auch immer haben sich denn Frauen beworben und Behinderte? Ja, haben sich, sie sind trotzdem nicht gut. Ich sage mal, da muss schon wirklich eine Kommune aus meiner Sicht Vorbild sein. Das ist so. Ich kann jetzt sagen, ich habe in meiner kleinen Firma, ich habe eine Vier-Mann-Firma, auch schon Praktikanten gehabt. Das ist aber Zufall, weil ich zu ebener Erde sitze, ein Rollstuhlfahrer hatte sich bei mir noch nicht beworben, aber bei vier Leuten, ich nehme da auch nicht ein Haufen junger Leute auf. Aber das haben wir auch gemacht. Da merkt man gar nicht, dass die anders sind oder schlechter arbeiten. Aber ich kann dazu wirklich nur sagen, wenn Lehrlinge gebraucht werden, da bekommt man einen Zuschuss oder gab es mal Zuschüsse, vor 15 Jahren war das so, da stellt man mal einen Lehrling ein, weil es einem kleinen Unternehmen dann etwas einfacher gemacht wird. Ich finde auch hier sollte man Regularien schaffen.

Sören Haak:

Genau, deshalb frage ich jetzt mal ganz konkret. Was kann die Stadt, der Stadtrat tun, was können Sie tun?

Barbara Lässig:

Na, das kann der Stadtrat nicht tun. Also diese Förderprogramme zum Beispiel, dass man einen Zuschuss kriegt, dass man Menschen mit Behinderung einstellt, aus unterschiedlichsten Gründen etwas umbauen muss, das kann die Stadt nicht. Das sind andere Gesetze. Aber ich kann erstmal nur appellieren, und da weiß ich auch nicht wie ich das anders machen soll, als dass ich einfach sage, da muss eben eine Landeshauptstadt oder eine Behörde, die muss eben dort einfach Vorbild sein.

Sören Haak:

Vielen Dank.

Axel Bergmann:

Genau, der letzte Punkt war wahrscheinlich das wichtigste. Die Stadt ist Arbeitgeber in großem Umfang und vielen Bereichen, dort muss die Stadt natürlich als erstes anfangen die Inklusion am Arbeitsplatz vor zu leben. Und das fängt eben bei den Arbeitsstätten an. Viele denken sich auch, berücksichtigen wir sie beim Bewerbungsverfahren, alles super, aber der Arbeitsplatz gibt es dann eben nicht her. Und dann merken wir nach ein paar Monaten, es funktioniert irgendwie nicht. Und da muss die Stadt nicht einfach nur Vorbild sein, sondern sie muss einfach machen!

Jens Hoffsommer:

Bevor hier ein falsches Licht entsteht, die Stadt Dresden hat immerhin die Quote erfüllt. Ich glaube 8 %, Frau Müller? 8 % der Beschäftigten der Stadt Dresden sind Menschen mit Behinderung, das ist über der Quote die gesetzlich vorgeschrieben ist. Das Problem liegt eher im Privatbereich.

Anja Apel:

Ich verteidige die Stadt jetzt nicht so wahnsinnig gern, aber sie macht tatsächlich was. Es gibt tatsächlich eine entsprechende Stelle, die auch vor uns in der letzten Sitzung im Behindertenbeirat Rechenschaft abgelegt hat. Die versucht eine Vermittlung zwischen den Arbeitgeber privater Natur und behinderten Menschen zu sein. Also sozusagen, da gibt es Menschen, die können dies oder das und es ist wichtig, dass ihr dieses können auch nutzt und wir als Stadt stellen euch dort Mittel zur Verfügung um entsprechend den Arbeitsplatz umzugestalten oder wir begleiten euch in diesem Bereich, wie gestaltet man diesen Arbeitsplatz, wie gestaltet man das Umfeld, was muss man tun. Da gibt es tatsächlich durchaus auch Erfolge. Aber die sind natürlich nun noch viel zu gering. Das zum Beispiel

kann eine Stadt und dann kann man auch mehr noch als bis jetzt tun. Wichtig ist doch, dass sich dieser gesamtgesellschaftliche Blick verändert. Nicht wir geben Almosen und Wohltaten aus an die anderen Menschen sondern sie sind eine Bereicherung für uns. Sie können etwas was wir nicht können. Und das wollen wir nutzen. Das ist eine ganz andere Herangehensweise und mit diesem positiveren Blick kann man vielleicht auch Möglichkeiten erschließen. Das denke ich, da müssen wir viel mehr Augenmerk in allen Bereichen darauf legen. Wir tun immer so, als ist es alles furchtbar anstrengend. Aber es ist eigentlich in erster Linie bereichernd und schön und das steht überhaupt nicht da. Das ärgert mich eigentlich, weil es so einen eingeschränkten Menschenblick gibt. Seitdem ich das begriffen habe, gucke ich auch alle gesunden Menschen viel besser an.

(Applaus)

Christian Stoebe:

Genau, auch Behinderte sind gesund, das sollten wir vielleicht noch etwas lauter sagen. Ich möchte an der Stelle vielleicht mal abschließen mit den Fragen, die wir an Sie gestellt haben. Es sind noch einige Fragen aus dem Publikum gekommen. Gerade auch zum Thema Barrierefreiheit, dort sind zwei Fragen aufgekommen.

Zum einen, wie bekomme ich als Mensch mit Lernschwierigkeiten oder auch Sehbehinderung eine Fahrkarte am Automaten? Was gibt es da für Möglichkeiten, vielleicht eine einfachere Menüführung oder auch eine umfassende Barrierefreiheit? Was ist da noch bei der Mobilität zu sehen?

Die zweite Frage war noch die nach dem wie können Wahlveranstaltungen barrierefrei gestaltet werden? Wie ist zum einen der Zugang, der räumliche Zugang, aber eben auch was die Information, die es zu dem Wahlkampfveranstaltungen gibt, wie können diese barrierefrei, vielleicht auch in leichter oder einfacher Sprache, zugänglich gemacht werden?

Auch für Menschen mit einer Sehbehinderung oder anderen Mobilitätseinschränkungen?

Norbert Engemaier:

Vielleicht die erste Frage, da ist die Antwort ganz kurz: wir schaffen einfach die Fahrscheine ab. Also, und wenn wir es nicht für alle machen, dann machen wir es vielleicht erstmal nur für Schüler, generell für Leute mit Behinderung, als ersten Schritt und dann schaffen wir sie für alle ab. Dann haben wir dieses Problem schon mal gar nicht mehr. Wir sparen auch das ganze Papier und das Geld, das sie dafür brauchten, verwenden wir für neue Haltestellen oder andere Dinge.

Der zweite Punkt, wir hatten das bei der Bundestagswahl das erste Mal, auch Informationen auf Brailleflyern. Ich denke da kann man vermutlich viel tun, auch heute, da es ja sozusagen viel einfacher ist Information auch wirklich behindertengerecht sozusagen zu gestalten. Sicherlich gerade auch bei den Piraten viel online, da ist es immer noch ein bisschen schwieriger. Da haben auch wir sicherlich noch viel zu tun. Da sind wir auch auf Verbände und Vereine angewiesen, die uns sozusagen einfach nur den Finger in die Wunde legen und uns zeigen, hier, da müsst ihr etwas tun. Da haben wir dann eine gute Zusammenarbeit und können gut ins Gespräch kommen und dann wird das auch.

Axel Bergmann:

Nochmal ganz kurz, ich mache ungern Versprechungen, die absolut nicht zu halten sind. Wir haben Fahrgeldeinnahmen von über 100 Millionen € im Raum der VVO. Wenn Sie mir sagen wie wir diese ersetzen, ohne andere Ziele aufzugeben, können wir das machen. Aber ansonsten ist es einfach illusionär, eine völlig kostenlose Beförderung.

(Applaus)

Natürlich gibt es längst Vergünstigungen, zum Teil auch

Freifahrten für Menschen mit Behinderung, das gibt es also bereits. Das kann man meinetwegen diskutieren, ob man das ausdehnen kann, aber eine völlig kostenlose Beförderung, ist illusionär.

Zweiter Punkt, ich möchte noch kurz auf die Veranstaltungen eingehen, da haben wir sicher auch selbst noch Defizite. Nicht jede Wahlkampfveranstaltung von uns ist wirklich 100 % barrierefrei. Das schaffen wir nicht. Wir machen einzelne Veranstaltungen, wo das klappt. Wo wir allerdings einen gewissen Fortschritt erzielen konnten, das war bei den barrierefreien Wahllokalen. Das ist ja auch ein wichtiger politischer Akt, der Teilhabe, dass man auch wählen gehen kann und das ohne Einschränkungen. Da war 2009 noch nicht einmal jedes dritte Wahllokal barrierefrei. Entsprechende Anträge, die wir mit weiter Mehrheit im Stadtrat beschlossen haben, haben Druck gemacht und jetzt ist es immerhin rund jede zweite. Wir sind immer noch nicht am Ziel, aber ein Stück weit sind wir vorangekommen.

Norbert Engemaier:

Ich möchte nochmal kurz einhaken, weil ich glaube der Herr Bergmann hatte mich falsch verstanden, ich hatte nämlich nicht gesagt kostenloser ÖPNV, sondern fahrscheinloser ÖPNV. Das ist etwas ganz anderes. Natürlich muss ÖPNV bezahlt werden. Das wird er in jedem Fall, entweder von der Stadt oder über eine Abgabe oder andere Formen, über die man dann nachdenken kann. Selbst Grundsteuererhöhung - es gibt viele Möglichkeiten das zu bezahlen. Es geht nur um fahrscheinlos! Und da hat man dieses Problem nicht mehr. Natürlich muss man das bezahlen, ohne Geld geht es nicht.

Axel Bergmann:

Wenn Sie die Grundsteuer erhöhen wollen...

Jens Hoffsommer:

Das sind Baustellen in Politik, in Parteien, in der Stadtratssitzung, Haltestellen, wo wir einfach riesige Barrieren haben, wo wir einfach viel zu wenig im Blick haben, was da noch entstehen könnte. Mir ist jetzt eingefallen, wir hatten das letzte Landtagswahlprogramm in leichter Sprache formuliert. Aber das war schon ein Riesenakt das hinzubekommen, dass auf den Weg zu bringen. Es ist nicht am Unwillen gescheitert, sondern einfach die Umsetzung, loszumachen. Aber das sind kleine Schritte. Es ist peinlich, dass Parteien an der Stelle schwach sind, das sage ich auch, weil das sind Baustellen. Das erleben wir im Stadtrat genauso, wenn ich mich hier umschaue, wie diese Veranstaltung begleitet wird, nein, das haben wir im Stadtrat nicht. Das kann man ganz klar sagen. Und damit haben wir vielleicht eine Internetübertragung des Stadtrates, aber das hilft auch nur punktuell. Und Wahllokale, also politische Teilhabe, Beteiligung für alle Menschen und je länger ich mich auf diese Veranstaltung vorbereitet habe und wenn ich auch die Diskussion sehe, desto unzufriedener bin ich mit der Formulierung von Visionen in diesem Papier. Mir fällt da einfach immer das Schmitz Zitat mit dem Arzt ein. „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, weil das ein bisschen einlädt in ein Palaver zu verfallen. Und die konkreten Maßnahmen dann leicht wegrutschen. Das ist mir jetzt gerade auch nochmal deutlich geworden. Ein Schritt, sollte ich mir mitnehmen: mehr Maßnahmen, weniger Visionen.

(Applaus)

Christian Stoebe:

Ich möchte gleich nochmal daran anknüpfen, weil das mit der leichten Sprache auch in der nächsten Frage jetzt nochmal betont worden ist. Es wird zum einen gesagt, wie kann dem Wunsch nach inklusiver Bildung nachgegangen werden, indem auch dort Angebote in leichter Sprache existieren und wie wird dort die Möglichkeit gegeben auch dem bestmöglichen Schulabschluss nachzugehen? Die Aussage war, dass man

unzufrieden ist, dass man nicht dem bestmöglichen Schulabschluss nachgehen kann und wie soll sozusagen eine Integration an anderen Schulen ermöglicht werden und dort dann der Unterricht auch in leichter Sprache gewährleistet werden?

Anja Apel:

Ich kann das ganz konkret sagen. Ich gehe in meinen Unterricht hinein, in eine Klasse mit zwei lernbehinderten Schülerinnen und Schülern, mit drei Unterrichtsvorbereitungen. Einen allgemein für die Klasse und einen für jedes Kind. Da ich diese Klasse, eine gewachsene Klasse, seit der ersten Klasse habe, die sich sozial gut kennt und gut miteinander ist, sind auch die Schüler meine Assistenten bei der Umsetzung dieser dreiteiligen Unterrichtsführung. Da kann ich sozusagen sie mit nutzen, damit sie mein Lehren unterstützen können. So kann ich das machen. Aber es werden nicht alle die gleiche Prüfung schreiben. Aber vielleicht kann man einen Teil dieser Prüfung schreiben. Das haben wir auch gemerkt. Wir haben zwei Schüler, die wären in einer Lernbehindertenschule gelandet, hätten wir sie nicht aufgenommen, und die haben bei uns eine schulfremde Prüfung, die viel schwerer ist, als die Prüfung in der eigenen Schule, einen Realschulabschluss geschafft, was ihnen niemand zugetraut hätte. Die haben ihren Stempel bekommen. Lernbehindert! Natürlich haben sie keinen 1,5 Abschluss, aber sie haben eine Lehre gefunden, wo man sie vorher schon kannte, und die haben gesagt die kann so gut nähen und die näht jedes einzelne Teil mit so viel Liebe, wir wollen die in der Semperoper in der Kunstmacherei haben. Wir wollen sie ausbilden. Und da ist es auch nicht schlimm, dass sie es in Mathe gerade so geschafft hat. Aber sie hat es geschafft! Und das ist das Entscheidende. Man kann unterschiedlich vorgehen. Gerade was Sprache betrifft. Wir haben hier auch mit Fremdwörtern gesprochen. Er hat Qualität und Quantität gesagt. Wenn dort Schüler sitzen, dann fragen die was das heißt und was es bedeutet. Sie zwingen einen die Sprache zu verändern. Und

für die anderen ist das auch gut. Weil die nämlich auch keine Ahnung haben, was diese Wörter heißen. Es ist ein sich heran bewegen und herantasten, wie die Bedürfnisse der einzelnen sind und immer wieder schauen, kann ich darauf eingehen.

Barbara Lässig:

Ich überlege jetzt ob das wirklich ein kommunal politisches Thema ist. Das, was die Frau Apel macht, das ist jahrzehntelanger Erfahrung in ihrer Tätigkeit als Lehrerin. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass sie das im Studium hatte. Am Ende muss das aber zur Ausbildung gehören. Und das ist eben nicht Kommunalpolitik. Ich denke, ich habe auch schon mit vielen gesprochen, die einfach Berührungängste haben. Mir ging das so. Ich bin gelernte Kindergärtnerin. Hatte aber nie, zu DDR Zeiten, mit Behinderten zu tun. Erst durch das wahre Leben, durch mein Präsidentinnenamt bin ich sozusagen mit Behinderten zusammengekommen und habe da viel gelernt. Also „learning by doing“. Wenn ich aber die Grundvoraussetzungen der Lehrer, also wie gehe ich mit solchen unterschiedlichsten Menschen in einer Klasse um, wenn ich das nicht beigebracht bekomme, ich kann nicht jeden erst drei Jahrzehnte das lernen lassen. Dann ist es eh vorbei. Das ist nicht unbedingt bloß ein kommunalpolitisches Thema. Da muss man ganz woanders ansetzen.

Norbert Engemaier:

Vielleicht noch etwas zu anderen Fällen, wo die Stadt etwas tun kann. Das sind die städtischen Bibliotheken. Wir haben jetzt erst seit wenigen Wochen, sozusagen diesen neuen Band von Marokko, wo die Bibliotheken jetzt vom Urheberrecht ausgenommen alle Werke in Braille übertragen dürfen. Ich denke wir täten gut daran das auch, also die Übertragung in leichter Sprache zum Beispiel zu machen. Aber das was wir jetzt schon haben, umzusetzen, das sind auch die städtischen Bibliotheken, da müssen wir die Aufgaben

unterstützen. Natürlich ist das erstmal allgemein Belletristik, aber da fallen natürlich auch Lehrbücher darunter. Warum sollte die Bibliothek gerade auch nicht Lehrbücher digitalisieren? Zumindest im Braillebereich ist man da deutlich weiter.

Christian Stoebe:

O.k., ich denke das ist ein guter Ansatz und wir müssen jetzt langsam zum Schluss kommen. Wir haben uns für den Abschluss der Veranstaltung nochmal eine Frage ausgedacht, wo wir fragen möchten: was bedeutet für Sie der Begriff Inklusion? Bitte nennen Sie uns entweder einen Satz oder ein Beispiel für gelingende Inklusion in unserer Gesellschaft, in unserer Stadt. Da würde ich einfach mal hier drüben anfangen.

Jens Hoffsommer:

Immer bei mir! (Lacht). Das in einen Satz... Ich versuche Begriffe zu nennen: Herausforderung, Smarties fallen mir bei Inklusion ein. Das ist bunt, vielfältig, unterschiedlich, die Formen sind zwar ähnlich, deshalb sind wir alle gleich, dennoch ist es alles besonders in so einer Smartiespackung. Das fällt mir bei Inklusion ein. Gute Beispiele erlebe ich einfach in der Praxis, wo Menschen einfach miteinander etwas machen und miteinander losziehen und die Vielfalt respektieren, von allen Menschen. Egal welche Einschränkung, egal welcher Herkunft, egal welcher Ethnie, egal welcher Begabungen - dann wird es spannend.

(Applaus)

Axel Bergmann:

Schwierig, muss ich zugeben. Idealerweise wird Inklusion natürlich dann erfüllt, wenn man einen Behindertenbeirat gar nicht mehr bräuchte, weil alles von vornherein sozusagen mit bedacht ist. Aber mir ist auch sehr bewusst,

dass wir noch sehr weit davon entfernt sind. Deshalb komme ich vielleicht auf einen Eingangssatz, von Frau Apel zurück, es ist auch schon viel erreicht, wenn in so einer Runde hier entsprechend der Verteilung von allen Behinderungen in unserer Gesellschaft überall die Entscheidungsträger mit ähnlichen Anteilen auch besetzt wären. Dann wäre schon viel erreicht

(Applaus)

Norbert Engelmann:

Ich würde mich für einen Satz entscheiden. Inklusion ist das Lächeln bei einem Betroffenen, wenn er merkt, dass wieder eine Hürde gefallen ist.

Anita Köhler:

Zwei Dinge. Ein gelungenes Beispiel ist für mich der Luby-Service, der dort das Catering macht, zu jeder Veranstaltung. Also wer nicht weiß was Luby ist, das ist eine Behindertenwerkstatt von der Cultus gGmbH, die also dort die Theatergaststätte betreibt, sehr gut betreibt. Und der zweite Satz ist, ich wünsche mir, dass noch mehr Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen in den Dresdner Stadtrat und in unserer Ortsbeiräte gewählt werden. Und es klingt jetzt hässlich, ich freue mich auf den Tag, wo zum Beispiel im Ortsamt Cotta ein Rollstuhlfahrer in die dritte Etage gehoben wird. Oder es reicht schon Leuben, das sind vielleicht nur ein paar Stufen, kleinere Ausmaße, aber dort fängt es an.

(Applaus)

Barbara Lässig:

Ich versuche es mal anders, wenn ich das Wort Inklusion höre, wünsche ich mir, dass alle Politikerinnen und Politiker, ob ehrenamt oder beruflich tätige Politikerinnen

und Politiker, dass sie sagen, wenn sie in ein Amt gewählt werden, dass sie sozusagen eine Schulung machen müssen, eine Zwangsschulung, was bedeutet Inklusion. Das wollen viele gar nicht hören. Viele beschäftigen sich auch nicht damit. Und es kann doch nicht sein, dass in einem Stadtrat nur die das sind, die im Behindertenbeirat sind. Ich würde mir eine zwangsweise Schulung der neugewählten oder alten Politiker wünschen.

(Applaus)

Anja Apel:

Ich wünsche mir, dass wir uns in unserer Unterschiedlichkeit wahrnehmen und das als wunderbare Bereicherung des Lebens sehen, dann wäre Inklusion. Beispiele kann ich einige nennen. Aber umgesetzt wäre es für mich dann, und es würde mich total glücklich machen, wenn meine Schülerinnen und Schüler, die gute Abschlüsse gemacht haben, die studiert haben, eine Lehre gemacht haben, dann auch in einem Beruf arbeiten können. Denn das sehe ich nicht so positiv im Moment und das macht mich traurig. Und wenn das umgesetzt ist, dann sind wir wahrscheinlich weit.

(Applaus)

Sören Haak:

Ja, ich bedanke mich erst einmal bei Ihnen.

Barbara Lässig:

Darf ich mir auch etwas wünschen? Ganz außer der Reihe würde ich mir wünschen, dass viele Betroffene, also Menschen mit Behinderung, die richtigerweise nicht krank sind, sich manchmal noch mehr zu Wort melden. Mir ist das manchmal zu wenig. Diese Parade der Vielfalt jedes Jahr, das ist schön und bunt und wichtig. Aber ich habe es vorhin

nochmal gesagt auf dem Platz, wir waren voriges Jahr bei der Parade der Vielfalt. Wir sind gelaufen vom Theaterplatz auf den Schlossplatz. Wir haben ein wunderschönes Bild abgegeben auf der Freitreppe. Eigentlich war der Grund an die Freitreppe zu gehen und Bilder dort zu produzieren, weil dort ein Fahrstuhl fehlt. Weil die Treppen nicht behindertengerecht ist. Das hat aber niemand gesagt dort! Das kann man in der Pressemitteilung mitteilen. Der Herr Ritter von Dynamo, der Präsident, hat gesprochen, es waren viele Mikrofone da, aber niemand hat es genommen und gefragt, weil die Touristen auch da waren, warum wir das genau heute hier machen. Niemand hat das gesagt! Und das ärgert mich, weil das vertane Chancen sind. Und das ist auch meine Erfahrung, die ich mit behinderten Menschen mache. Die sind viel zu zaghaft, viel zu lieb. Da muss manchmal auch ein bisschen mehr Druck unterm Kessel gemacht werden, von den Betroffenen selber.

(Applaus)

Axel Bergmann:

Noch ganz kurz, weil Frau Lässig das jetzt hier erwähnte. Wir machen hier heute eine Unterschriftensammlung für einen Aufzug an der Brühlschen Terrasse. Der Initiator ist hier im Publikum, Frau Hanicke hat das unterstützt und Herr Thon auch noch von den Grünen. Ich stelle mich nachher noch da hinten an die Ecke hin und wir sammeln weitere Unterschriften, Unterschriften für einen Aufzug an der Brühlschen Terrasse. Vielen Dank noch einmal Frau Lässig.

(Applaus)

Teilnehmer aus dem Publikum:

Der Frau dort hinten muss ich mal Recht geben. Die UN Behindertenrechtskonvention gibt es seit 2009. Und da hatten Sie gesagt „zwangsweise“. Da muss ich Ihnen Recht geben, da sind ja manche Politiker, da wissen wir in der Behindertenwerkstatt viel besser Bescheid über UN

Konvention und Inklusion. Also da muss die Politik mal ran!
Das kann ja wohl nicht die Norm sein für Politiker.

Sören Haak:

Genau. Ich würde daran mal anknüpfen, vielen Dank. Als ich bedanke mich erst einmal, dass Sie hier sich zahlreich eingebracht haben und wollte zum Abschluss noch sagen, was für mich Inklusion bedeutet. Ich denke dabei wirklich an Partizipation, Beteiligung. D.h. also, dass jeder überall mitmisch. Gerade wenn ich Leute immer so reden höre und die sagen dann immer „wir wissen ja gar nicht wie das so geht und wie es den Leuten da so geht, da unten im Land“. Dann sage ich mir einfach, fragt doch die Leute. D.h. also setzt euch mit den Leuten an einen Tisch und redet mit den Leuten und lasst euch einfach ganz viel erklären und ich denke, dann klappt es auch mit dem Nachbarn. Es geht natürlich auch darum, um wirklich Parallelwelten ein Stück weit auch aufzuweichen. D.h. hier ist natürlich nicht nur die Politik gefragt sondern auch die Wohlfahrt. Ganz viele verschiedene Menschen sind gefragt. Inklusion betrifft natürlich alle Menschen. D.h. also jeder einzelne muss ein Stück mitgehen, wenn er das möchte und dann funktioniert das auch. Wenn wir also gemeinsam Strukturen schaffen, mit denen jeder klarkommt, wo keiner ausgeschlossen ist, dann sind wir schon ein ganzes Stück weiter. In diesem Sinne bedanke ich mich und wünsche einfach ein gutes Wahlergebnis.

(Applaus)